



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 3. Sitzung des Beirates Gesunde Städte (GS/003/2015)

am Montag, 7. September 2015,

16:30 Uhr

**im Neuen Rathaus, Beratungsraum 1, 1. Etage, Raum 13,
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 16:30 Uhr
Ende der Sitzung: 18:45 Uhr

Anwesend:

stimmberechtigte Mitglieder - Fraktionen

Astrid Ihle
Prof. Dr. Dieter W. Scheuch
Kati Bischoffberger
Hans-Joachim Klaudius
Holger Zastrow

stimmberechtigte Mitglieder - Sachkundige

Bernd Jursch
Prof. Dr. Joachim Kugler
Dr. Marion Lehnert
Dr. Rotraut Sawatzki

stimmberechtigte Mitglieder - Stadtverwaltung

Claudia Kasimir-Glaeser
Dr. Peggy Looks
Arne Rehse

Abwesend:

Vorsitzender

Martin Seidel

stimmberechtigte Mitglieder - Fraktionen

Janett Schmiedgen

stimmberechtigte Mitglieder - Sachkundige

Dr. Thomas Brockow

stimmberechtigte Mitglieder - Stadtverwaltung

Marion Panek

Verwaltung:

Sylvia Höppler
Frank Bauer

SB für Gleichstellungsfragen
Amt 53

Schriftführerin:

Heidrun Volbrecht

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

1 Eröffnung der Sitzung und Abstimmung der Tagesordnung

1.1 Festlegungen aus der letzten Sitzung

2 Gesundheit, Gesunderhaltung und Gesundheitsförderung der Einwohnerinnen und Einwohner Dresdens - Umsetzung der sächsischen Gesundheitsziele in Dresden

**A0098/15
beratend**

3 Bericht aus dem WHO-Projekt "Gesunde Städte"

3.1 Bericht von der Mitgliederversammlung des Netzwerkes "Gesunde Städte" der BRD, Heidelberg 20. - 22. Mai 2015

3.2 Bericht von der Mitgliederversammlung des Europäischen Netzwerkes "Gesunde Städte" der WHO, Kuopio, 24. - 26. Juni 2015

3.3 Informationen zu den weiteren Themen

4 Informationen/Sonstiges

Nicht öffentlich

5 Informationen/Sonstiges

öffentlich

Einleitung:

1 Eröffnung der Sitzung und Abstimmung der Tagesordnung

Frau Dr. Sawatzki, stellvertretende Vorsitzende, eröffnet die 3. Sitzung des Beirates für Gesunde Städte und stellt die form- und fristgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Abstimmung der Tagesordnung:

Herr Stadtrat Prof. Scheuch beantragt, den Tagesordnungspunkt 2 als letzten Punkt zu behandeln.

Gegenrede

Frau Dr. Sawatzki erläutert, dass es bisher immer so gewesen sei, Beschlussvorlagen am Anfang der Sitzung zu behandeln.

Abstimmung:

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

1.1 Festlegungen aus der letzten Sitzung

1. Entwurf zur Fortschreibung des Aktionsplanes „Aktives Altern“

Frau Dr. Looks bemerkt, dass der Entwurf allen Mitgliedern des Beirates zugegangen und bereits Rückmeldungen erfolgt seien, die eingearbeitet worden sind. Dieser Entwurf sei nunmehr in den Geschäftsbereichsumlauf sowie in die Gremien gegangen. Die entsprechende Vorlage werde im November 2015 im Stadtrat behandelt.

Frau Dr. Sawatzki ergänzt, dass die Arbeitsgruppe „Aktives Altern“ bereits viele Jahre arbeite und damals unter der Regie von Frau Kasimir-Glaeser dazu entschlossen habe, einen Aktionsplan für aktives Altern für die Landeshauptstadt Dresden zu erarbeiten, der im Januar 2008 einstimmig im Stadtrat beschlossen worden sei. In der Zwischenzeit sei zweimal eine Evaluierung erfolgt. Nunmehr sei es an der Zeit, eine Fortschreibung vorzunehmen.

2. Handlungsprogramm „Aufwachsen in sozialer Verantwortung“

Frau Dr. Looks informiert darüber, dass dieses Handlungsprogramm über den Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen laufe. Dieses Programm sei sehr umfassend und habe sehr viele gesundheitliche Auswirkungen. Da sich einige Mitglieder des Beirates insbesondere auf die Kinder- und Jugendgesundheit fokussieren, wäre es gut, das Handlungsprogramm einmal im Beirat vorstellen zu lassen. Da im November 2015 bereits der Aktionsplan „Aktives Altern“ behandelt werden solle, schlage sie als Termin Februar 2016 vor. Dazu gibt es keinen Widerspruch.

2	Gesundheit, Gesunderhaltung und Gesundheitsförderung der Einwohnerinnen und Einwohner Dresdens - Umsetzung der sächsischen Gesundheitsziele in Dresden	A0098/15 beratend
----------	---	------------------------------

Frau Dr. Sawatzki bittet um Einbringung des interfraktionellen Antrages. Da offensichtlich keine Abstimmung zwischen den Einreichern zwecks Vorstellung erfolgt sei, wird auf eine Einbringung verzichtet.

Sie bittet darum, die Beschlusspunkt 1 und 2 getrennt zu diskutieren und abzustimmen. Dazu gibt es keinen Widerspruch.

Zum Antrag selbst stellt sie Grundsätzliches voran:

Ausgangslage für die sächsischen Gesundheitsziele „Aktives Altern“ seien das Zielprogramm der WHO aus dem Jahre 1980 „Gesundheit für alle“ und nachfolgend das „Rahmenkonzept Gesundheit 21 der WHO“ von 1998.

Auf Grund dieses Zielprogrammes und des Rahmenkonzeptes habe 1999 eine Gesundheitsministerkonferenz stattgefunden mit dem Inhalt, die Verantwortung der Länder und die Gesundheitspolitik zielorientierter auszurichten, tragfähige Gesundheitsziele zu entwickeln und keine Projekte mit irgendwelchen kurzfristigen Förderungen anzuschließen, sondern einen Prozesscharakter für ein Gesundheitsziel zu entwickeln.

Diesem Aufruf sei Sachsen im Jahr 2004 gefolgt und habe, bis auf „Aktives Altern“, fünf Gesundheitsziele formuliert:

- Verringerung Tabakkonsum
- Gesund aufwachsen
- Gesundheitsförderung der Arbeitslosen
- Diabetes mellitus
- Brustkrebsrisiko senken

Zu diesem Zeitpunkt sei auch ein Steuerungskreis gebildet worden, in dem die Krankenkassen, die Rentenversicherung, die Liga der freien Wohlfahrtspflege, der Sächsische Städte- und Gemeindetag, der Sächsische Landkreistag, die Sächsische Landesärztekammer, neuerdings auch die Apothekerkammer, das Kultusministerium, das Wissenschaftsministerium, die Bundesagentur für Arbeit und das Sozialministerium verankert seien. Zur Begleitung von Modellprojekten und der Arbeit, die in Kommunen und Landkreisen durchgeführt werde, gebe es Koordinierungsstellen, davon sei hinsichtlich der Gesundheitsziele die Sächsische Landesvereinigung für Gesundheitsförderung eine der wichtigsten.

Im Jahr 2004 sei im Land mit einer Enquete-Kommission zur Demografie in Sachsen begonnen. Das erschreckende Ergebnis dieser Kommission, welches die Folgen des demografischen Wandels gerade für das älteste Bundesland Sachsen aufgedeckt habe, habe dazu geführt, dass im Jahr 2008 durch den Steuerungskreis ein sechstes Gesundheitsziel „Aktives Altern“ aufgenommen worden sei.

➤ **Debatte zu Beschlussvorschlag 1**

Herr Stadtrat Prof. Scheuch bedankt sich für die einleitenden Worte, die allerdings mehr aus historischer Sicht zu sehen seien und den Antrag nicht betreffen.

Im Beschlusspunkt 1 gehe es darum, inwieweit die Stadt auf die im Antrag genannten Gesundheitsziele reagiert habe und welche Ergebnisse es ganz spezifisch für Dresden gebe, denn letztendlich sei die Kommune der Teil, wo die praktische Arbeit statffinde und die Ziele umgesetzt werden sollen.

Frau Stadträtin Ihle habe formell ein Problem mit diesem Antrag. Wenn im Gegenstand von der Umsetzung aller sächsischen Gesundheitsziele gesprochen werde, frage sie sich, warum diese noch einmal im Beschlusspunkt 1 explizit aufgeführt worden seien. Ganz besonders betreffe das die Thematik „Verringerung des Tabakkonsums“, da dieser Punkt bereits 2008 mit der Verankerung des allgemeinen Rauchverbotes in der Verfassung und der Umsetzung 2010 erfüllt worden sei. Inwieweit man weiter suchtpreventiv gegen Tabakkonsum vorgehen wolle, sei eine andere Schiene.

Somit entspreche der Antrag in der jetzt vorliegenden Form aus ihrer Sicht nicht mehr der aktuellen Situation und sie bittet um entsprechende Überarbeitung.

Herr Stadtrat Prof. Scheuch sei erfreut, dass seine Vorrednerin bereits über die Erfüllung eines Teiles der Gesundheitsziele berichtet habe, aber wichtig sei, welche Schlussfolgerungen aus dem Tabakkonsumverbot gezogen worden. Deshalb sei dieser Punkt auch mit aufgeführt worden.

Er verweist noch einmal darauf, dass es im Beschlusspunkt 1 darum gehe, welche von diesen Gesundheitszielen in welchen Bestandteilen erfüllt worden seien, welche sich in Arbeit befinden und welche Ergebnisse es gebe.

Frau Dr. Looks bemerkt, dass im Antrag von den sächsischen Gesundheitszielen gesprochen werde. Ihr sei weder ein Gesetz noch ein Auftrag auf Landesebene oder vom Freistaat Sachsen zur Umsetzung der Gesundheitsziele bekannt. Im WHO-Projekt seien allerdings ganz andere Schwerpunkte gesetzt.

Herr Stadtrat Prof. Scheuch betont noch einmal, dass es im Antrag darum gehe, was von diesen sächsischen Gesundheitszielen in Dresden verwirklicht worden sei.

Herr Prof. Kugler stellt klar, dass der Beirat im Prinzip für das WHO-Projekt „Gesunde Städte“ in Europa zuständig sei und der Focus auf dem Rahmenprogramm der WHO liege. Von sächsischen Gesundheitszielen sei in den letzten Jahren im Beirat vielleicht einmal am Rande gesprochen worden. Ihm sei auch neu, dass es einen Auftrag zur Umsetzung dieser Ziele gebe. Aus diesem Grund sehe er keine Veranlassung für einen solchen Antrag.

Herr Stadtrat Prof. Scheuch verdeutlicht, dass es an dieser Stelle nicht um den Beirat, sondern um eine Berichterstattung des Oberbürgermeisters zu den genannten Fragen. Für den Beirat stelle sich vielmehr die Frage, ob er eine solche Berichterstattung wolle oder nicht, unabhängig von dem, was der Beirat selbst bearbeite. Eine endgültige Entscheidung werde ohnehin in den zuständigen Gremien getroffen. Da es sich um eine Querschnittsaufgabe „Gesundheitsförderung“ handle, sei diese nicht nur auf gesunde Städte oder das WHO-Projekt beschränkt, siehe auch Beschlusspunkt 2 im Antrag, sondern hier gehe es um die Dresdner Bürger als Teil der sächsischen Bevölkerung.

Frau Kasimir-Glaeser sehe die Umsetzung des Beschlusspunktes 1 als schwierig an. Die sächsischen Gesundheitsziele seien vom Land Sachsen formuliert und über die sächsische Landesvereinigung für Gesundheitsförderung koordiniert worden. Sie denke, dass diese Ziele im Rahmen dieser Koordination durch die Landesvereinigung evaluiert worden seien oder hätten sein müssen.

Sie frage sich, ob und inwieweit die Stadt überhaupt Daten zur Verfügung habe und was es bringen solle, zumal viele der Aktionen gar nicht im kommunalen Handlungsspielfeld liegen.

Frau Dr. Sawatzki konstatiert, dass Gesundheitsziele Ländersache seien, denn die Projekte würden im Rahmen des Landes realisiert. Eine Evaluierung erfolge im Steuerungskreis und vor allem bei den externen Koordinatoren für die einzelnen Gesundheitsziele. Selbstverständlich werde ein Abschlussbericht vorgelegt. Alle Daten und Ergebnisse liegen im Land, über eine Freigabe an die Öffentlichkeit müsse das Sozialministerium entscheiden. Eine Freigabe sei abgelehnt worden.

Aus diesem Grund gebe es für den Beschlusspunkt 1 im Antrag keine rechtliche Grundlage. Deshalb beantrage sie, diesen zu streichen.

Herr Stadtrat Prof. Scheuch spricht gegen den Antrag, weil er nicht dem entspreche, was im Beschlusspunkt 1 stehe. Er zitiere noch einmal aus dem Antrag und verdeutlicht, dass es nicht darum gehe, wie die sächsischen Gesundheitsziele im Land Sachsen umgesetzt seien, sondern hier gehe es darum, wie diese Ziele für die sächsischen Bürger umgesetzt werden.

Frau Dr. Sawatzki verweist auf die Ausführungen von Herrn Prof. Kugler, der bereits angesprochen habe, dass der Beirat in keiner Weise über sächsische Gesundheitsziele als Projekt im Beirat diskutiert bzw. diese behandelt habe. Für den Beirat seien die Programme und der Auftrag des Europabüros der WHO „Gesunde Städte“ maßgebend und danach arbeite der Beirat. Auf Grund ihrer Mitarbeit im sächsischen Gesundheitszieleprozess habe sie lediglich ab und zu darüber berichtet.

Herr Stadtrat Prof. Scheuch stellt klar, dass es nicht die Aufgabe des Beirates sei, zu den sächsischen Gesundheitszielen Stellung zu nehmen, sondern es sei eine Aufgabe des Oberbürgermeisters, darüber zu berichten, inwieweit die Gesundheitsförderung als Querschnittsaufgabe der Kommune in dieser Stadt zu den im Antrag genannten Punkten verwirklicht worden sei. Er bemerkt, dass die Abrechnung gegenüber der WHO eine vollkommen andere Sache sei als das, was im Antrag gefordert werde.

Er bittet, den Antrag ernst zu nehmen und nicht abzulehnen, bloß weil man ihn nicht verstanden habe.

Frau Dr. Looks stellt noch einmal klar, dass es bundesdeutsche und sächsische Gesundheitsziele gebe und weder vom Bund noch vom Land ein Auftrag an die Kommune vorliege, diese umzusetzen. Sie wisse nicht, was hinter dem vorliegenden Antrag stehe und welcher Zweck damit verbunden sei, da bedauerlicherweise keiner der Einreicher erläutern könne, warum die Kommune zu den sächsischen Gesundheitszielen Stellung beziehen solle.

Herr Stadtrat Prof. Scheuch verdeutlicht noch einmal, dass nicht die sächsischen Gesundheitsziele, sondern der Antrag zur Diskussion stehe.

Frau Stadträtin Ihle erläutert, dass sie an diese Stelle strukturelle Probleme sehe. Wenn der Oberbürgermeister beauftragt werden solle, zu bestimmten Dingen zu berichten, dann sollten das Aufgaben sein, die sich auf städtische Aspekte beziehen. Städtische Aufgabe sei es nicht, Landesaufgaben zu beurteilen und einzuschätzen. Aus ihrer Sicht richte sich der Antrag an den falschen Adressaten.

Herr Stadtrat Prof. Scheuch unterstreicht, dass es Aufgabe der Stadt sei, letztendlich Gesundheitsförderung in der Struktur durchzusetzen.

Herr Rehse merkt an, dass bei Beschluss des Antrages ein Bericht geschrieben werde, indem offensichtlich keine Verpflichtung für die Kommune bestehe, die sächsischen Gesundheitsziele umzusetzen. Er frage sich, was der Beschluss beinhalte und was letztendlich dabei rauskomme. Praxisbezogen könne er berichten, dass es keine konkreten Projekte geben werde und damit auch keine konkreten Ergebnisse. Hier stelle er sich die Frage, wofür man den Aufwand betreibe.

Herr Klaudius äußert ebenfalls seine Bedenken. Gewisse Ergebnisse erhalten die Kassenärztliche Vereinigung oder die Landesärztekammer. Es gebe keine klaren Aussagen, was z. B. den Brustkrebs angehe. Es sei ebenfalls nicht sicher, was für Informationen, auf Grund des Datenschutzes, von den Kassenärztlichen Vereinigungen weiter gegeben werden dürfen.

Herr Prof. Kugler könne sich seinen beiden Vorrednern nur anschließen und er sei ebenfalls interessiert. Er befürchte jedoch, dass das ein wissenschaftliches Begleitforschungsprojekt sei. Zahlen seien in der Kommune nicht handhabbar. Er könne sich vorstellen, dazu ein Evaluationsprojekt in Auftrag zu geben. Hier schlage er die TU Dresden vor, welche sicher bereit wäre, gegen ein Drittmittel, diese Daten zusammen zu tragen. Aber es seien keine Daten, die in der Gesundheitsberichterstattung vorrätig seien, so dass das eher auf wissenschaftlichem Gebiet interessant sei. Eigentlich solle man auf lokaler Ebene tätig werden, was jedoch dem SMS abverlangt werden sollte. Aus einer Evaluierung des Prozesses der Gesundheitsziele, könne dann eine Gesamtauswertung erfolgen. Im Detail sollte diese Auswertung in den einzelnen Regionen Sachsen stattfinden, damit man nachvollziehen könne, wo sich was bewährt habe und wo nicht.

Frau Dr. Sawatzki informiert, dass man gegenwärtig an einer kleinen Evaluierung, für Vereine und Verbände, welche sich um Projekte bemüht haben, arbeite. Hier laufen mehrseitige Befragungen, die wissenschaftlich ausgearbeitet werden. Die Stadt habe jedoch nicht ein einziges Projekt übernommen und es sei nicht kommuniziert worden, dass die sächsischen Gesundheitsziele eine Grundlage bilden werden. Sie bekräftigt ihren Antrag den Beschlusspunkt 1 zu streichen.

Herr Stadtrat Prof. Scheuch spricht sich weiterhin dagegen aus. Gesundheitsziele seien dazu da, damit diese für eine Stadtbevölkerung messbar zu erkennen seien. Diese Diskussion mache sich notwendig, da nicht klar zu sein scheint, dass die Gesundheitsförderung eine der entscheidenden Grundfragen der Kommune sei.

Herr Prof. Kugler merkt an, wenn über gesundes Aufwachsen und gesundes Altern gesprochen werde, spreche man über Dinge, die kongruent zwischen der WHO-Projekt und Gesundheitsziele Sachsen seien. Gesetzt den Fall, dass man heute dem Beschlusspunkt 2 zustimmen sollte, schlägt er vor, dass auf diese Kongruenzen hingewiesen werden sollte, damit wenigstens das, wofür Daten vorhanden seien, beantwortet werden könne. Ob und in welcher Dimension z. B. die Brustkrebs Mortalität gesunken sei, damit könne sich, in einem Forschungsprojekt, die TU Dresden beschäftigen.

Herr Jursch möchte wissen, ob es zu den hier aufgeführten Punkten Projekte gegeben habe.

Das wird von **Frau Dr. Sawatzki** verneint.

Herr Klaudius konstatiert, dass das deutsche Ärzteblatt sowie das Ärzteblatt der Sächsischen Ärztekammer zur Verfügung stünden und in beiden werde über Brustkrebs u. a. berichtet. Diese Daten hätte man als Grundinformation dementsprechend vorliegen und er fragt, warum da noch mehr Informationen erforderlich seien.

Herr Stadtrat Prof. Scheuch erklärt, wenn zu den im Antrag aufgeführten Punkten keine Daten bekannt seien, dann sollte dies im Bericht stehen. Anhand der Ergebnisse könne man nachvollziehen, ob sich was getan habe oder nicht. So wie bekannt sein dürfte, sei Dresden die Stadt in Deutschland, mit den höchsten Zahlen was den Herzinfarkt und dessen Auswirkungen angehe. Er vertrete die Meinung, dass der Stadtrat über den Punkt „Gesundheitsförderung“ schon reden und dies als kommunale Aufgabe sehen sollte. Das solle mit dem Antrag eingeleitet werden und es wäre ein Fehler, diesen Antrag abzulehnen.

Frau Dr. Lehnert weist darauf hin, dass es sich um riesiges Themenfeld handele. Wenn ein Ziel verfolgt werde, müsse man wissen, wann werde es erreicht und an welchen Koordinaten man es fest mache. Bei den vielen Zielen sei man nicht in der Lage zu sagen, wo man gegenwärtig stehe oder wo man vor 10 Jahren gestanden habe. Man könne sicher davon ausgehen, dass die Ziele Gute seien und das etwas erreicht werden soll, aber es sei noch nicht einmal hinterlegt, wann die Ziele erreicht werden sollen. Solch eine umfangreiche Aufgabe, und das über einen langen Zeitraum, anzugehen und zu lösen, sei schwierig, auch für die TU Dresden.

Sie regt an, dass man sich den Zielen in die einzelnen Arbeitsgruppen immer wieder widmen sollte, um zu analysieren, wo man stehe und welche Lücken man noch schließen müsse.

Frau Dr. Sawatzki erklärt, dass es sich bei den Gesundheitszielen um ein Länderprogramm handele und hier arbeite man regional. Sie halte es für durchaus rechtens, dass stadteigene Probleme, welche bekannt sein sollten, benannt würden und gleichzeitig versucht werde, Abhilfe zu schaffen, indem man Maßnahmen ergreife.

Den Vorschlag, Gesundheitsförderung als kommunale Aufgabe zu sehen, halte sie für wichtig und könne diesen nur unterstützen. Dennoch muss sie wiederholen, dass der Beschluss, so wie er hier gefasst sei, keine rechtliche Grundlage habe.

Frau Dr. Looks stellt heraus, dass u. a. die Kommunale Gesundheitsförderung gestärkt werden sollte. Darüber sei man sich hier einig und dafür arbeite man auch seit vielen Jahren in diesem Gremium. Aus diesem Grund plädiere sie dafür, dass eine Unterstützung aus dem Stadtrat ein Stück weit wichtig wäre. Allerdings sei es im Moment wirklich so, dass die Kommunale Gesundheitsförderung auf Basis des Sächsischen Gesetzes über den Öffentlichen Gesundheitsdienst (Sächs. GDG) arbeite. Leider enthalte diese gesetzliche Grundlage nicht, dass die gesetzlichen Gesundheitsziele umgesetzt werden bzw. das nach den Maßgaben der WHO gearbeitet werden müsse.

Frau Dr. Sawatzki schlägt vor, ihren gestellten Änderungsantrag zur Abstimmung zu bringen.

Herr Stadtrat Prof. Scheuch verleiht seiner Auffassung Nachdruck, dass er diesen Antrag für ungesetzlich halte. Auch kritisiert er, dass nicht alle Fragen zur Sprache gebracht worden seien. Er protestiere gegen diese Abstimmung.

Frau Dr. Sawatzki bemerkt dazu, dass ausgiebig darüber diskutiert worden sei. Sie verdeutlicht die Verantwortung, die hier jeder trage und die Arbeit im WHO Beirat werde nicht auf die leichte Schulter genommen.

Sie formuliert den gestellten Änderungsantrag wie folgt:

Beschlusspunkt 1 entfällt, da ohne rechtliche Grundlage für die Kommune.

Frau Dr. Sawatzki stellt den Änderungsantrag zum Beschlusspunkt 1 zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: Ja 7 / Nein 0 / Enthaltungen 2

➤ **Debatte zu Beschlussvorschlag 2**

Herr Stadtrat Prof. Scheuch konstatiert, dass man durch dieses Projekt auf dem Gebiet weitergekommen sei. Verdient gemacht habe sich dabei Frau Dr. Sawatzki, welche den Antrag auf die WHO Mitgliedschaft gestellt habe. Genau dieser Punkt, welcher in der WHO als Grundsatzpunkt überall vertreten werde, sei hier zum ersten Mal hereingetragen worden. Damit sei ein Anfang gemacht. Das ganze Projekt solle dazu dienen, dass die erarbeiteten Dinge als Grundsatz mit in die Struktur der Stadt eingefügt und letztendlich erfüllt werden sollen. Er betont, dass die Arbeit unbedingt fortgeführt werden müsse. Hauptziel der Phase 6 sei es, die kommunale Gesundheitsförderung als die wesentlichste Leitlinie in den einzelnen kommunalen Bereichen durchzusetzen.

Herr Rehse denke, dass es richtig und wichtig sei, die Gesundheitsförderung und das WHO Projekt im Speziellen in den Vordergrund zu rücken und in das Licht der Öffentlichkeit zu stellen. Jedoch sage der Beschlusspunkt 2 etwas anderes aus. Aus dem gehe hervor, dass berichtet werden solle, was das WHO Projekt seit 1991, in allen gesellschaftlichen Feldern, erreicht habe. Das sei sehr weit gefasst und es müsse gefragt werden, wie das dargestellt werden solle. Er führt an, dass z. B. Lärmschutz mit dem Thema Gesundheit sehr viel zu tun hätte, aber überhaupt nichts mit WHO Projekt. Jedoch solle, so die inhaltliche Aussage des Beschlusspunktes 2, dokumentiert werden, was das WHO Projekt dazu beigetragen habe. Das halte er für nicht machbar, da die Zusammenhänge in der Planung viel zu komplex seien.

Weiter stelle sich ihm die Frage, bei einer 10 jährigen Aktenaufbewahrungspflicht in der Verwaltung, wie bzw. wer über Projekte berichten solle, an denen über 24 Jahre gearbeitet werde. Auch müsse hierbei die Vielzahl der Projekte beachtet werden. Unter Berücksichtigung aller Aspekte, sollte man die Fassung konkretisieren, einzelne Projekte heraus stellen, um effektiver zu dokumentieren, in welchen Projekten das WHO was erreicht habe.

Herr Prof. Kugler findet es richtig, dass sich der Stadtrat mit dem Thema befassen werde. Was die Berichterstattung angehe, gebe es eine intensive Berichtspflicht. Es werde zu jedem Aktionsplan ein Abschlussbericht mit Präsentationen angefertigt. All diese Dokumente könne man sich zugänglich machen bzw. könne man eine Synopse darüber verfassen, was in diesen Berichten thematisiert worden sei.

Frau Kasimir-Glaeser denke auch, dass eine zusammenfassende Evaluierung der letzten 24 Jahre nur extern und auch nicht nur mit Personalstelle leistbar sei.

Herr Klaudius merkt an, dass solch ein Interfraktioneller Antrag auch in anderen Städten gestellt werde, jedoch dieser nicht spezifisch für Dresden gestellt werden sollte.

Frau Dr. Sawatzki konstatiert, dass im Jahr 1990 ein Stadtratsbeschluss, zum WHO Projekt „Gesunde Städte“ Dresden, gefasst worden sei. 1992/1993 habe man dann einen Beirat gebildet, in dem sie als langjährige Stellvertretende Vorsitzende mitgewirkt habe. Deshalb könne sie berichten, dass nicht nur ein einmal im Jahr, Evaluierungen Dresdens an das Europa Büro der WHO gesandt wurden. An dieser waren alle gewählten Mitglieder des WHO Beirates und die Mitglieder der Arbeitsgruppen beteiligt gewesen.

Alle Arbeitsschwerpunkte werden vom Beirat formuliert und ggf. vom Stadtrat beschlossen. In Gesundheitskonferenzen werde man regelmäßig Gesundheitsberichte aus, die auch veröffentlicht werden. Sie wünsche sich, dass auch die Beiräte 1-mal im Jahr dem Stadtrat berichten sollte.

Herr Stadtrat Prof. Scheuch verweist auf den Stadtratsbeschluss aus der Sitzung vom 24. Januar 2008 und zitiert ihn. Gegenstand dieses Beschlusses sei das Aktionsprogramm „Gesundes und aktives Altern in Dresden“ gewesen. Für andere Schwerpunkte unseres Projektes lägen bisher keine Beschlüsse vor. In der Arbeitsgruppe sei man um eine Fortschreibung dieses Aktionsplanes bemüht, welcher die weitere Arbeit konkretisieren werde. An dieser Stelle macht er deutlich, dass in einer detaillierten Berichterstattung, auch wie es zukünftig weiter gehe, alles benannt werden könne.

Man sei dabei, Schwerpunkte festzulegen, über die im Gesundheitsprogramm berichtet werden müsse. Wesentliches Ziel dieses Antrages sei, eine Grundsatzdebatte im Stadtrat zu erreichen und mit Hilfe des Beschlusses könne dann auch weitere Grundsatzarbeit erfolgen.

Frau Dr. Sawatzki macht deutlich, dass die Gesundheitsberichterstattung eine wichtige Forderung des Europabüros der WHO sei und somit die Grundlage unserer Arbeit darstelle. Das sollte Bestandteil bleiben, müsse jedoch auf breite Schultern gelegt werden, da nicht alle Daten verfügbar seien.

Frau Dr. Looks habe das Anliegen von Herrn Prof. Scheuch dahingehend verstanden, dass die WHO Stelle ein Stück weit zu stärken ist. Dadurch könnte man sich auf die eigentlichen Aufgaben konzentrieren, welche durch die WHO aufgegeben werden. Das sei jedoch nicht Gegenstand des Antrages. Hier gehe es um eine regelmäßige Berichterstattung. Diese bereitet sie für die jährliche WHO-Evaluation, gemeinsam mit den Stadtratsvertretern, vor. Der weitere Informationsfluss solle dann über die einzelnen Fraktionen laufen. Auch zu den Gesundheitskonferenzen lade man alle Stadtratsvertreter ein, damit diese über die kommenden Aufgaben informiert werden. Sie wolle damit deutlich machen, dass bereits regelmäßige Berichterstattungen und Informationen erfolgen. Nur eine Auflistung der einzelnen Aktivitäten, wie z. B. den Aktionsplan, Gesundes aktives Altern und die verschiedenen Stadtgesundheitsprofile, bringe dem Stadtrat nicht das, da am Ende ein Ergebnis aufgezeigt werden sollte.

Frau Stadträtin Bischoffberger weist darauf hin, dass die Fraktion Bündnis90/Die Grünen bei der Antragstellung keine federführende Position eingenommen hätten. Zukünftig werde man als Einer der Antragsteller diesen auch selber einbringen. Bezug nehmend auf die Anmerkungen von Herrn Klaudius, fragt sie, woher er wisse, dass der Antrag mit diesem Inhalt auch in anderen Städten gestellt worden sei.

Herr Klaudius antwortet, dass es bekannt sei, dass es in der interfraktionelle Zusammenarbeit eine Kooperationsvereinbarung zwischen den Parteien in ganz Deutschland gebe. In Dresden habe sich das dahingehend gezeigt, dass es für die Parteien der SPD, Die Linke und den Bündnis90/Die Grünen eben auch eine gemeinsame Oberbürgermeister Kandidatin gegeben habe, welche interfraktionell aufgestellt war. Wo der Antrag konkret das erste Mal in Deutschland gestellt wurde, könne er nicht sagen.

Frau Dr. Sawatzki merkt an, dass in dem WHO Projekt seit 25 Jahren überparteilich gearbeitet worden sei und das solle auch so weiter geführt werden. Hier gehe es einzig und allein um die Sache und um die Stadt Dresden.

Herr Prof. Kugler sei ebenfalls der Meinung, dass nicht über das Motiv der Vorlage eines Antrages diskutiert werden solle. Es sei verständlich, dass sich ein Stadtrat einen Überblick verschaffe, über ein Projekt, was seit über 24 Jahren existiere und an dem gearbeitet werde. Er könne sich vorstellen, dass viele Stadträte von diesem Projekt sehr wenig gehört haben, gerne aber darüber informiert werden möchten.

Die geäußerte Kritik zu diesem Antrag sehe er eher inhaltlich. Es werde zu viel gefordert, was nur schwer umsetzbar sei und auch nicht, als Evaluation von der WHO verlangt werde. Unterm Strich gehe es darum, ob in der Morbidität und der Mortalität etwas erreicht wurde. Das Projekt solle für Einsteiger leicht gemacht und auf Ergebnisse hingewiesen werden. Er wehre sich dagegen, dass zu den vielen bereits erstellten Berichten, noch ein weiterer umfangreicher Bericht erstellt werden solle, wo zusätzlich noch in Daten hineingegangen werde.

Frau Dr. Sawatzki erwähnt, dass man sich bei Interesse im Internet nachlesen könne, wer in diesem Projekt „Gesunde Städte“ mitarbeite und was der Inhalt sei.

Herr Prof. Kugler stellt einen Änderungsantrag zu Punkt 2 des Antrages.

Der Beirat möge beschließen, aus sachlichen und wissenschaftlichen Gründen, den 2. Punkt der Beschlussvorlage so nicht zu befürworten. Die Evaluation und die Berichterstattung erfolgt bereits seit 24 Jahren regelmäßig.

Herr Stadtrat Prof. Scheuch spricht dagegen und begründet dies. Es gehe immer nur um die damit verbundene Arbeit, die nicht gemacht werden könne. Der Antrag sollte die Problematik des Beirates in der Stadt deutlich machen, dass er nicht in der Lage sei, Aufgaben auf die Verwaltung der Stadt zu übertragen.

Es gibt keine weiteren Einwendungen und **Frau Dr. Sawatzki** bringt den Änderungsantrag von Herrn Dr. Kugler zur Abstimmung.

Der Beirat stimmt dem Änderungsantrag mit 9 Ja, 1 Enthaltungen und 1 Nein Stimmen zu.

Abschließend regt **Frau Dr. Sawatzki** an, eine Beschlussvorlage zu erarbeiten, mit dem Titel „Gesundheitsförderung als kommunale Aufgabe“.

Frau Dr. Lehnert fragt nach, ob man die früher durchgeführte Berichterstattung durch den Beirat wieder aufleben lassen könne.

Frau Dr. Sawatzki antwortet, dass sie das mitnehmen werde und mit der neuen Bürgermeisterin für Soziales besprechen werde. Sie gehe davon aus, dass das Interesse dafür groß sei.

Es gibt keine weiteren Fragen und der Tagesordnungspunkt 2 wird beendet.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt,

1. einen Bericht vorzulegen, der die laufenden und/oder schon umgesetzten Programme und Projekte der Arbeit mit den sächsischen Gesundheitszielen für die Einwohnerinnen und Einwohner Dresdens umfasst und ihre Wirksamkeit einschätzt.

Dabei sind die folgenden Gesundheitsziele zu berücksichtigen:

- Gesund aufwachsen,
- Verringerung des Tabakkonsums in öffentlichen Einrichtungen,
- Diabetes mellitus- Erkrankungsrisiko senken, Erkrankte früh behandeln,
- Gesundheitsförderung bei Arbeitslosen,
- Brustkrebs - Mortalität vermindern, Lebensqualität erhöhen,
- Aktives Altern - Altern in Gesundheit, Autonomie und Mitverantwortlichkeit.

Abstimmung: Ablehnung

Ja 0 Nein 7 Enthaltungen 2

2. zu berichten, welche gesellschaftspolitischen (Aspekte der Sozial- und Gesundheitspolitik, der Stadtentwicklungs- und Verkehrspolitik, der Umweltpolitik u. a.) Ergebnisse mit der seit 1991 bestehenden Arbeit und Mitgliedschaft der Landeshauptstadt Dresden im europäischen Netzwerk „Gesunde Städte“ erreicht worden sind und welche weiteren Aufgaben und Ziele diesbezüglich bestehen. Insbesondere soll dabei auf die Umsetzung der Kernmerkmale der Gesunde Städte-Konzeption eingegangen werden:

- Entwicklung und Stärkung einer ressortübergreifenden gesundheitsfördernden Kommunalpolitik,
- Entwicklung und Stärkung von Verfahren zur Überprüfung gesundheitlicher Auswirkungen bei öffentlichen Planungen,
- Entwicklung und Stärkung von Rahmenbedingungen für Bürgerinnen- und Bürgeraktivierung, -beteiligung und Selbsthilfe.

Weiterhin soll über die Arbeit und die Ergebnisse mit dem Stadtgesundheitsprofil berichtet werden.

Abstimmung: Ablehnung

Ja 1 Nein 9 Enthaltungen 1

3 Bericht aus dem WHO-Projekt "Gesunde Städte"

3.1 Bericht von der Mitgliederversammlung des Netzwerkes "Gesunde Städte" der BRD, Heidelberg 20. - 22. Mai 2015

Frau Dr. Looks informiert anhand einer Präsentation von der Mitgliederversammlung des Netzwerkes „Gesunde Städte“ der BRD vom 20. bis 22. Mai 2015 in Heidelberg. Die Präsentation liegt der Niederschrift bei.

Sie verweist darauf, dass u. a. ein Thema der Mitgliederversammlung die Wahl der neuen Sekretariatsstadt gewesen sei, aus der Frankfurt/Am Main als Sieger hervorgegangen sei. Herr Dr. Wolter werde zukünftig der Ansprechpartner für Dresden sein. In diesem Zusammenhang schlage sie vor, Herrn Dr. Wolter nach Dresden einzuladen, um die Erwartungen des Beirates an das Netzwerk heranzutragen. Dies könnte z. B. zur Gesundheitskonferenz erfolgen. Weiterhin rege sie an, zum Thema „Präventionsgesetz“ ebenfalls einen Vertreter einzuladen, um den Beirat über offene Fragen zu informieren.

Herr Stadtrat Prof. Scheuch fragt nach, welche positiven Ergebnisse Frau Dr. Looks aus der Mitgliederversammlung für die Arbeit im Beirat mitgebracht habe.

Frau Dr. Looks erklärt, dass es im deutschen Netzwerk andere Strukturen gebe und es weniger um Fachbeiträge, sondern meist um Arbeitskontakte, Plenumsbesprechungen, Erfahrungsberichte und Informationen gehe. Inhaltlich erhalte man mehr Input bei den Internationalen Treffen, denn dort gehe es um konkrete Fallbeispiele oder bestimmte Projekte.

Deutlich geworden sei nur, dass die bayrischen und baden-württembergischen Kommunen und Landkreise besser gestellt seien als das Land Sachsen, da es dort Strukturfonds gebe, um gerade die kommunale Gesundheitsförderung zu stärken.

3.2 Bericht von der Mitgliederversammlung des Europäischen Netzwerkes "Gesunde Städte" der WHO, Kuopio, 24. - 26. Juni 2015

Frau Dr. Looks informiert anhand einer Präsentation von der internationalen Mitgliederversammlung des Netzwerkes „Gesunde Städte“ der WHO, am 24.-26. Juni 2015 in Kuopio.

Hier handelte es sich um die 1. Mitgliederversammlung der Phase 6 des WHO Netzwerkes und beinhaltete ein sehr umfangreiches Programm. Besonders gewürdigt worden sei die Einbindung der Bürger/innen in Sachen bürgerschaftliche Engagement. Von Seiten der Vertreter „Gesunde Stadt Dresden“ sei das Projekt „City walks by and for citizens“ vorgestellt worden und dazu habe es positive Rückmeldungen gegeben. Das Projekt solle als Grundlage für die WHO- Evaluation (Kopenhagen) des Gesamtnetzwerkes genutzt werden.

Beim den Koordinatorentreffen, wo alle Beauftragten der „Gesunde Städte“ anwesend seien, diskutiere man die Themen Evaluationsvorgehen und Zusammenarbeit mit dem WHO-Büro. Es habe u. a. Anfragen zur Mitarbeit in der Arbeitsgruppe „Gesundes Altern“ der WHO und zur Ausrichtung der WHO Konferenz hier in Dresden gegeben. Diese werde sie an Frau Dr. Kaufmann weiterleiten, damit dies weiter besprochen werde könne.

Es sei Nahe gebracht worden, dass die politische Verpflichtung, Gesundheit auf allen Ebenen mitzudenken, bestehen sollte. Dies sei der Schlüssel zum Erfolg „Gesunde Städte“. Dresden sei auf einem guten Weg, was auch in der Gliederung für das Stadt Gesundheitsprofil aufgezeigt wurde.

Frau Dr. Sawatzki fasst zusammen, wie wichtig der Austausch und die Informationen auf diesen WHO Kongressen bzw. auf den internationalen Konferenzen seien. Dies belege auch die Bestätigung für die geleistete Arbeit.

3.3 Informationen zu den weiteren Themen

Frau Dr. Looks informiert über das erste Treffen der Arbeitsgruppe Stadtgesundheitsprofil. Diejenigen, die ihre Mitarbeit angekündigt, aber nicht an der Sitzung teilnehmen konnten, werde sie entsprechend informieren. Momentan befinde man sich in einer Arbeitsphase, wo alle Daten gesammelt und aufbereitet werden. Sobald Konkretes vorliege, werde sie alle Betroffenen zu einer weiteren Sitzung einladen.

Frau Dr. Sawatzki ergänzt, dass, sobald ein entsprechender Entwurf vorliege, einzelne Kapitel den Beiratsmitgliedern zugesandt werden mit der Bitte um Durcharbeitung. Nach einer entsprechenden Auswertung werden die Schwerpunkte in eine Gesundheitskonferenz eingebunden, um mit Bürgern und Politikern der Stadt diskutieren zu können.

Frau Dr. Looks berichtet weiter von der AG zur UN-Behindertenrechtskonvention und zum Handlungsfeld „Gesundheit und Pflege“, wo Herr Dr. Brockow und sie Mitglied seien. Zurzeit arbeite man intensiv an der Fortschreibung des Aktionsplanes, der Ende des Jahres fertiggestellt sei und danach im Beirat diskutiert werden könne.

Sie führt weiter aus, dass die Broschüre zum Projekt „Stadtspaziergänge“ fertiggestellt sei, aber auf Grund der Haushaltssperre noch nicht ausgereicht werden konnte. Die Resonanz dazu sei sehr groß und es gebe Anfragen, ob ein solches Projekt nicht auch für andere Stadtteile möglich sei. Interessierte, z. B. Vereine, die vielleicht entsprechende Kapazitäten haben, könnten sich gern an sie wenden.

Herr Stadtrat Prof. Scheuch bemerkt, dass dieses Projekt eine wunderbare Sache sei. Das Problem sei nur, wie man ein solches Projekt in eine Struktur bekomme, die für die ganze Stadt wirkungsvoll werde. An dieser Stelle verweist er darauf, dass zur Umsetzung Beschlüsse gefasst werden müssten, da die Stadt das Projekt exakt mit übernehmen müsse. Problematisch sehe er auch die personelle Situation.

Frau Dr. Sawatzki konstatiert, dass gerade die Bewegung in den einzelnen Stadtteilen notwendig sei. Dresden sei keine Einheit, sondern hier müsse man sozialräumlich denken. Aus dem Grunde sei es wunderbar, wenn es Bewegungen in den Stadtteilen Prohlis, Pieschen, Trachenberge oder Übigau gebe. Das seien gewachsene Sozialräume, die ihre ganz bestimmten Eigenheiten haben. Sie glaube, dass große Programme für die ganze Stadt schwierig zu gestalten seien, denn aus ihrer Sicht sei neben der Bildung und der Bewegung der soziale Faktor sehr wichtig.

4 Informationen/Sonstiges

Frau Dr. Looks erinnert daran, dass sich die Arbeitsgruppe „Gesundes und aktives Altern“ darauf verständigt habe, eine Bewerbung der Stadt Dresden am Bundeswettbewerb „Älter werden in der Kommune, bewegt und mobil“ abzugeben. Daraufhin sei eine Interessenbekundung erfolgt. Eine vollständige Bewerbung, unterschrieben von Herrn Bürgermeister Seidel, mit der Gesamtstrategie der Kommune zu den Themen „Körperliche Aktivität fördern“, „Bewegung von und für Bürgerinnen“ sowie mit dem Laufprojekt „Working Peapel“ sei eingereicht worden. Nun bleibe nur zu hoffen, dass die Stadt Dresden einen Preis gewinne, zumal damit auch ein Preisgeld verbunden sei.

Herr Prof. Kugler merkt an, dass es seit einigen Jahren im Springer-Verlag eine wissenschaftliche Fachzeitschrift „Prävention und Gesundheitsförderung“ gebe und er seit dem 1. Juli 2015 der Hauptausgeber sei, u. a. seien auch Themenhefte vorgesehen. So gebe es ein deutschsprachiges Journal zur „Evaluation Gesunder Städte“. Er hoffe, dass Praktikanten und Studenten motiviert werden können, sich mit dem Thema und den Daten zu befassen. Er hoffe, dass die Entwicklung weiter so vorangehe und das Journal vielleicht auch wissenschaftlich stärker an Renommee durch die Veränderung der Rahmenbedingungen gewinne.

Frau Dr. Sawatzki fragt nach, ob der Beirat auch daran teilhaben könne.

Herr Prof. Kugler führt aus, dass es schon etliche Projekte gebe. Die Frage sei, wo und wie man solche kleinen Dinge unterbringen könne. Das von ihm angesprochene Journal wäre vom Titel, vom Geist und von der Nähe her ein Thema, wo man darüber nachdenken könne, dies auch im Beirat unterzubringen.

Frau Dr. Sawatzki informiert darüber, dass am 16. September 2015 in der Dreikönigskirche eine Fachkonferenz „Kommune und Lebensperspektive im Alter“ stattfinde. Alle Interessierten seien dazu herzlich eingeladen.

Abschließend informiert sie darüber, dass in der nächsten Sitzung des Beirates am 2. November 2015 die neue Beigeordnete für Soziales und Wohnen, Frau Dr. Kaufmann, anwesend sein und deren Wahl als Vorsitzende vorgesehen sei.

Dr. Rotraut Sawatzki
Vorsitzender

Heidrun Volbrecht
Schriftführerin

Dr. Peggy Looks
Mitglied

Astrid Ihle
Stadträtin